

5. Wir wollen Brot - und die Rosen dazu!

Medizinischer, technischer Fortschritt ist so hoch wie nie. Wenn es wirklich nach unseren Interessen ginge, müsste kein Kind arm, kein Jugendlicher ohne Ausbildung, keine Frau doppelt belastet, kein Mensch arbeitslos, kein Lebensmittel verseucht sein. Doch dem stehen Konkurrenz und Profitinteressen des kapitalistischen Systems entgegen - weltweit.

Das ruft die internationale Zusammenarbeit der Frauen auf den Plan: 2011 findet in Venezuela eine Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen statt. Courage unterstützt dieses zukunftsweisende Projekt und sucht noch weitere Unterstützerinnen.

Wir heißen alle Frauen und auch Politikerinnen unterschiedlicher Weltanschauung herzlich willkommen im Frauenverband Courage. Wir engagieren uns „für eine Gesellschaft, in der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht“ – für eine lebenswerte Zukunft aller Kinder!



- Volle Gleichberechtigung, nicht nur auf dem Papier!
- Aktive Unterstützung der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen 2011!
- Für eine menschenwürdige Gesellschaft - frei von Ausbeutung und Unterdrückung, in der die Befreiung der Frau Wirklichkeit wird!

Wir messen **Politiker/innen und Parteien** auch daran, ob sie einen überparteilichen Zusammenschluss von Frauen wie in Courage tatkräftig unterstützen – durch praktische Zusammenarbeit oder Spenden.

Kontaktadresse/ Treffen der örtlichen Frauengruppe:

Sie haben die Wahl. Setzen Sie das Kreuzchen an der richtigen Stelle!

- Ich möchte Mitgliedsfrau werden,
- mit monatlichem Mindestbeitrag 2 €
- mit monatlichem Förderbeitrag von €
- Ich abonniere die Courage-Zeitschrift (6 x jährlich: 11 € incl. Porto)

Name

Straße

Ort, PLZ

V.i.S.d.P.: Frauenverband Courage e.V., Bundesgeschäftsstelle, Juli 09

Holsteiner Straße 28 42107 Wuppertal Tel: 0202-4969749 www.fvcourage.de



Wahlprüfsteine 2009

Nach den Wahlen wollen wir nicht die Rechnung zahlen!

Im September 2009 stehen Bundestagswahlen an.

Der Frauenverband Courage wird als überparteilicher Verband nicht kandidieren, sich aber aktiv in den Wahlkampf einschalten. Mit diesen Wahlprüfsteinen wollen wir Frauen eine Orientierung anbieten, die zur Wahl anstehenden Parteien kritisch zu prüfen.

Wir meinen: Nicht Sprüche auf den Wahlplakaten der Parteien oder ob eine Frau Bundeskanzlerin ist, sind der Maßstab. Entscheidend ist, ob Politik gemacht wird für die Millionen in den Etagen der Industrie und Banken oder für Millionen Frauen und Familien! Politiker/innen und Parteien möchten wir auffordern, zu unseren Positionen Stellung zu nehmen!

Die beste Wahl ist aber, nicht nur alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen, sondern darüber hinaus selbst aktiv zu werden für die eigenen Lebensinteressen, organisiert mit anderen - wie aktuell die Streiks der Erzieherinnen, die Bildungs-Proteste von Schülerinnen und Studentinnen oder die beharrlichen 5-jährigen Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV!

| | |
|---------------------------|----------------------------------|
| auf Stellvertreter hoffen | <input type="radio"/> |
| selbst aktiv werden | <input checked="" type="radio"/> |

1. Nach Kurzarbeit werden Massenentlassungen folgen!

Dank Hartz IV wurden die Löhne massiv nach unten gedrückt: 21,5% aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnbereich, obwohl 80% von ihnen eine Berufsausbildung haben bzw. Akademiker sind.

Jetzt in der tiefsten Weltwirtschaftskrise, die es je gab, tritt das Hauen und Stechen der Konzerne um Marktanteile international in eine neue Phase. So wird sich die Anzahl der Handelsketten oder Autokonzerne weltweit verringern.

Schon heute haben über 30% der Jugendlichen keinen festen Arbeitsplatz. Nur 7 % der über 63-Jährigen arbeiten noch in Vollzeit und da wird allen Ernstes die „Rente mit 69“ ins Gespräch gebracht.

Statt alles dem Konkurrenzkampf der Konzerne unterzuordnen, muss die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden und der volle Lohnausgleich auf Kosten der Riesengewinne gehen! Von wegen, Kurzarbeit sichert die Arbeitsplätze.

Es wird bereits angekündigt, dass „gegen Ende des Jahres mit einem Anstieg der Zahl der Jobsuchenden auf möglicherweise vier Millionen zu rechnen sei. Ende 2010 könne gar die Fünf-Millionen-Marke erreicht werden. Spätestens im Herbst wird bei explodierten Lohnstückkosten aber das Mittel der Kurzarbeit ausgereizt sein. Dabei ist Schlimmes zu befürchten, das schöne Bild wird tiefe Risse bekommen.“ (WZ Juni)



- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – weltweit! 10 € Mindestlohn!
- Existenzsichernde und sozialversicherte Arbeitsplätze!
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Ausreichende Ausbildungsplätze, unbefristete Übernahme entspr. der Ausbildung!
- Massive Herabsetzung des Rentenalters!

2. Armut – in einem der reichsten Länder der Welt?!

Mehr als die Hälfte aller Kinder, die von Hartz IV leben müssen, wachsen bei Alleinerziehenden (90% Frauen) auf. Fast 3 Mill. Kinder gelten offiziell als arm. Ihre Eltern können nicht mal mehr ein warmes Schulmittagessen finanzieren. Auch wachsende Altersarmut trifft oftmals Frauen.

Und da wagt der neue Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin zu sagen, dass „nur diejenigen Kinder bekommen sollen, die damit fertig werden.“ (Courage 3,09) Schon vorher riet er (als Finanzsenator in Berlin) Hartz-IV-Betroffenen wegen gestiegener Heizungskosten „in der Wohnung einen dicken Pullover zu tragen.“ (ebenda) Was für eine Menschenverachtung! Sollen etwa nur die Reichen Kinder bekommen dürfen? Und sollen die Armen frieren?



- Hartz IV muss komplett wieder vom Tisch!
- Kostenlose und qualifizierte Kinderbetreuungsplätze!
- Eine gesetzliche existenzsichernde Mindestrente!

3. Gesundheitsversorgung, gesunde Umwelt – Luxus?

Während Konzerne und Banken Milliarden Euros zugeschoben bekommen, müssen wir immer mehr für unsere Gesundheit dazu bezahlen. Gleichzeitig nehmen umweltbedingte Krankheiten aufgrund von Lärm, Strahlenbelastung, giftigen Feinstäuben aus Müllverbrennungsanlagen zu, sowie depressive Erkrankungen bei Menschen durch Mobbing am Arbeitsplatz oder Arbeitslosigkeit. Aufgrund der Angst um den Arbeitsplatz sind die Krankmeldungen auf einen Tiefstand gesunken. Dadurch sparen die Krankenkassen allein 20 Mill. Euro!

So sicher wie das Amen in der Kirche holt die Regierung die Milliarden Euros, die gigantische Staatsverschuldung, aus den Taschen der Bevölkerung wieder heraus.

Schon jetzt werden immer mehr soziale und Jugend-Einrichtungen geschlossen. Durch Stellenstreichungen verschlechtert sich die Qualität der Versorgung in Kitas, Krankenhäusern oder Seniorenheimen und belastet vor allem Frauen, die überwiegend in diesen Bereichen arbeiten.



- Kostenlose Gesundheitsversorgung und fürsorgliche Altenpflege!
- Steuererhöhung für Großkonzerne - keine Erhöhung der Mehrwert-/Steuer!
- Keine Beitrags-Entlastung der Unternehmen in der Sozialversicherung!
- Sofortige Abschaltung aller AKWS + Müllverbrennungsanlagen!
- Nutzung erneuerbarer Energien und Kreislaufwirtschaft!

4. Demokratische Rechte und internationale Solidarität!

Die Regierung will uns weismachen, in Afghanistan würde unsere Demokratie verteidigt, doch das ist eine Lüge. Es wird die EU-Militärdoktrin umgesetzt, dass Deutschland „zum Einsatz militärischer Gewalt als letztem Mittel bereit ist“.

Dahinter steckt offensichtlich das Interesse an Öl- und Gasvorkommen, die es am Hindukusch reichlich gibt. Außerdem werden Frauenrechte weiterhin mit Füßen getreten, sie müssen weiterhin die Burka tragen und Mädchen wird der Schulbesuch verwehrt. Stattdessen werden die Mohnbarone und somit der weltweite Drogenhandel unterstützt.

Hier im Land gibt es für faschistische Parteien tatsächlich Wahlkampfgelder aus unseren Steuermitteln, statt diese und ihre demagogische Propaganda zu verbieten und zu verhindern.

Offen greifen Faschisten inzwischen kämpferische Arbeiter/innen und aktive Gewerkschafter an wie bei der 1.Mai-Demonstration in Dortmund - ungehindert durch die Polizei. Sie gründen den „Ring Nationaler Frauen“ und versuchen, in Eltern- oder anderen Initiativen mitzuarbeiten. Doch überwiegend, wo Faschisten auftreten, gibt es großen Widerstand - zu Recht.



- Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen!
- Eigenständiges Bleiberecht für Migrantinnen!
- Keine Steuergelder für den Wahlkampf der Parteien!
- Abzug aller deutschen Truppen aus Kriegsgebieten!